

schen eine unbedingte Notwendigkeit sei, wenn ein gemeinsames großes Ziel erreicht werden sollte. Im Vertrauensrat dürften nicht Diplomatie und Taktik zur Anwendung kommen, sondern offen und ehrlich müsse die Aussprache zwischen Leitung und Bevölkerung sein.

Dr. Ley

führte u. a. aus: Wir wollen ein glückliches Volk, ein Volk, das die Arbeit nicht als Last, sondern als Segen empfindet und seinen gerechten Lohn erhält. Wir wollen unser Volk stark machen für seinen Schicksalskampf. Wir wollen, daß nicht Hass, Neid und Mangel die Menschen beherrschen, sondern daß Lebensbegeisterung, Lebensfreude, Licht und Sonne die Menschen froh machen. Ueber allem steht uns als oberstes Gesetz: Das Leben des einzelnen hat nur Sinn in der Einordnung in die Gemeinschaft. Wer fordert, muß zuerst auch geben und opfern.

Dr. Ley betonte weiter, daß es nicht genüge, eine Gemeinschaft zu bilden. Die Menschen müßten in ihr nach Fähigkeiten und Leistungen auch ausgerichtet werden. Wir wollen, so rief er aus, die Bahn frei machen, damit jeder nach seiner Leistung zum Segen der Gemeinschaft emporsteigen kann! Wir sind nicht so töricht zu glauben, daß man die Interessengänge aus der Welt schaffen kann. Wir wollen beiden Seiten ihren berechtigten Ehrgeiz lassen, denn er allein ist der Motor für die Entwicklung der Nation. Aber wir wollen, daß die Menschen nicht knechtisch unterwürfig und verängstigt ans Werk gehen.

Wer etwas leistet, hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu fordern. Wir wollen die Interessen gerecht vertreten, wollen beiden Seiten ein ehrlicher Makler sein. Über die Forderungen der einen wie der anderen Seite haben da aufzuhören, wo die Interessen der Gemeinschaft beginnen. Wenn der Arbeiter einsichtig genug ist, ein Opfer zu bringen, so gilt das gleiche auch für den Unternehmer. Wenn alle erst wieder Arbeit haben werden, werden wir auch in der Lage sein, das Lebensniveau und den Lebensstandard des Volkes insgesamt zu heben.

So wollen wir nun in einer gigantischen, freien Wahl der Welt beweisen, daß sich die Deutsche Arbeitsfront tatsächlich in die Herzen der schaffenden Menschen eingefressen hat. Die Welt wird sich daran gewöhnen müssen, daß ein neues Deutschland, ein Deutschland der Ehre und der Kraft entstanden ist. Über alle Kanonen ruhen nichts, wenn nicht hinter ihnen die Einheit des Volkes steht. Der französische Kriegsminister hat gestern gefragt, daß Frankreich zwar das mächtigste Heer habe, Deutschland aber ein neues Volk! Das ist es! Wir wollen den Frieden, weil wir das Leben wollen. Aber es muß ein Leben der Ehre und der Achtung sein.

Bon gestern bis heute

Rectoratsübergabe in der Berliner Universität.

In der Neuen Aula der Friedrich-Wilhelm-Universität zu Berlin fand die feierliche Übergabe des Rectorats statt, zu der zahlreiche Vertreter des Staates, der Wehrmacht, der NSDAP, und ihrer Gliederungen, der anderen Berliner Hochschulen und der Studentenschaft erschienen waren. Der scheidende Rector, Professor Eugen Fischer, übergab das Amt an seinen Nachfolger, Professor Krüger, Ordinarius an der Landwirtschaftlich-Medizinischen Fakultät.

Unterstaatssekretär a. D. von Stumm †.

Der Unterstaatssekretär a. D. Wirkl. Geheimer Legationsrat, Erzähler von Stumm, ist im Alter von 87 Jahren nach schwerem Leiden in Berlin verstorben. Der Bericht, der der bekannte sozialdemokratische Industriellen-Zeitung angehörte, hatte ursprünglich die Offizierslaufbahn eingeschlagen und war dann in den diplomatischen Dienst eingetreten, der ihn an die deutschen Botschaften in London, Washington, Paris, Wien, Petersburg und Madrid führte.

Sieg. Göring und Dr. Goebbels sprechen in Danzig.

In der überfüllten Danziger Messehalle sprach Gauleiter Julius Streicher-Rünenberg im Rahmen des Danziger Reichstages. Der Danziger Gauleiter Albert Horster gab bekannt, daß u. a. noch Gauleiter Bürckel, Ministerpräsident Göring, der Stellvertreter des Führers und Reichsminister Dr. Goebbels zu den Danziger sprechen würden. Gauleiter Streicher gezierte in seinen Worten das in Danzig noch herrschende Parteienumwesen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch für Danzig einst die Zeit kommen werde, wo man keine anderen Parteien mehr kennen werde, sondern nur noch Adolf Hitler.

Möller untergebracht . . .

Die vier zum Tode verurteilten Nemelländer sind von den übrigen Verurteilten getrennt und in der sogenannten Abteilung 5 des Konzentrationslagers isoliert untergebracht worden. Der zum Tode verurteilte Bankprokurist Walter Pries befindet sich in der Zelle des vor kurzem wegen Mordes verurteilten Terroristen Douglas Boll, Lepo und Wannagat befinden sich in einer gemeinsamen Zelle in der gleichen Abteilung.

Der erste Tag der ungarischen Reichstagswahlen.

Der Sonntag war der erste Abstimmungstag für die ungarischen Reichstagswahlen. Bisher sind folgende Ergebnisse bekannt: Die Partei der Nationalen Einheit (Gömbös) erhielt 133 Mandate, die Kleinlandwirte-Partei 18, die Christliche Wirtschaftspartei 2 und die Nationalsozialistische Partei ein Mandat. 11 Mandate fielen den Parteilosen zu. In weiteren 11 Bezirken ist Stichwahl erforderlich. Von den zur Vergabe gelangenden 245 Mandaten ist somit bereits die Entscheidung über 163 Mandate gefallen. Die Partei der Nationalen Einheit besitzt bereits nach dem ersten Wahlgang mehr als die Hälfte sämtlicher Abgeordnetenplätze. Das bedauerlichste Ergebnis des Wahltages ist die Tatsache, daß sämtliche vier Kandidaten des ungarischen Deutschen Rüstschafts durchgesunken sind so daß im neuen ungarischen Reichstag die deutsche Volksgruppe in Ungarn überhaupt nicht vertreten sein wird.

Tătărescu über das Rüstungsprogramm Rumäniens.

Das rumänische Parlament stimmte einer Gesetzesvorlage zur Einführung von Zulahrlern zwecks Schaffung eines für Rüstungszwecke bestimmten Fonds von zwei Milliarden Lei zu. Ministerpräsident Tătărescu hielt eine Rundfunkrede, in der er sagte, die Vervollständigung der rumänischen Rüstungen sei unausschließbar geworden. Rumänien habe durch die Friedensverträge seine natürlichen

Die Besprechungen Edens in Moskau

Stalins Blick auf die Landkarte

Der Sonderkorrespondent der "Times" in Moskau liest aus dem Communiqué über Edens Besprechungen eine Belebung der englisch-sowjetrussischen Beziehungen heraus. Darüber hinaus weiß der Berichterstatter mit allerlei Intrimitäten aus dem Zusammentreffen Edens mit Stalin aufzuwarten, die nicht ohne Interesse sind.

So soll nach Mitteilung von vertrauenswürdiger Seite Stalin an Eden die Frage gerichtet haben, ob er die Kriegsgefahr heute für größer oder geringer halte als im Jahre 1914. Eden habe geantwortet, seiner Ansicht nach sei sie weniger groß. Stalin habe sich zur gegenteiligen Auffassung beklagt.

Der "Times"-Berichterstatter gibt auch die Darlegungen wieder, mit denen Stalin die Auffassung begründet haben soll. Sie verdienen, niedriger gehängt zu werden. Stalin hat nämlich dem Blatt zufolge erklärt, es habe 1914 nur eine Nation gegeben, deren Ausdehnungsbestrebungen die Kriegsgefahr herausbeschworen (!), während es 1933 zw. Nationen gebe: Deutschland und Japan. (!) Gewissmach begütigend fügt der Korrespondent hinzu: Stalin sei aber nicht weitschweifig auf die deutsche Gefahr eingegangen sondern habe im Gegenteil Achtung vor dem deutschen Volk und seinen Eigenschaften. Er habe die Überzeugung ausgedrückt, daß ein Versuch, eine Nation in der Mitte Europas niederzuhalten oder zu isolieren, vergeblich bleiben würde. Deswegen befände sich Deutschland heute in einer gefährlichen Weitsversammlung, und Vorsichtsmaßnahmen seien für den Frieden Europa wichtig.

An einer Stelle der Besprechungen habe Stalin mit einem Blick auf eine Landkarte Europas und Asiens gefragt, ob er der Gedanke, daß die Entscheidung über Frieden oder Krieg in den Händen eines so kleinen Landes wie England liege.

Der Frage der kommunistischen Propaganda sei, wen sie bei den Besprechungen überhaupt erwähnt worden sei keine übertriebene Bedeutung beigemessen worden. Zu dieser sehr charakteristischen Tatsache gibt der Berichterstatter als Begründung an, im Jahre 1933 erscheine Krieg als ein größere Gefahr als eine Weltrevolution.

Die Aufnahme in England

Die englischen Blätter veröffentlichten eingehende Nachrichten über den letzten Tag des Besuches des Lordstieglbewahrers Eden in Moskau sowie das amtliche Communiqué. In dem Bericht des diplomatischen Korrespondenten des "Daily Telegraph" aus Moskau heißt es u. a., die Erklärung, daß die Organisation der östlichen Sicherheit nicht auf die Isolierung oder Einkreisung irgend eines Staates abzièle, werde in London begrüßt werden. Der Satz des Communiqués, in dem beide Länder anerkennen, daß die gegenseitige Unterliegtheit für sie wichtig sei und daß

die vom Bölkerbund treu blieben, zeige einen deutlichen Fortschritt in der Entwicklung der Beziehungen zwischen den bolschewistischen Russland und dem kapitalistischen England. Um gleichen Geiste würden wohl wirtschaftliche Fragen von beiden Regierungen geprüft werden, und Eden sei in der Lage, dem Kabinett Anregungen zu unterbreiten, die sich auf weitere russische Bestellungen in Großbritannien bei Gewährung neuer Kredite beziehen. Der Hauptwert des Besuches liege aber in der Befestigung des Misstrauens und der Herstellung einer neuen Atmosphäre der Freundschaft und Freimütigkeit.

"Daily Herald" überzeichnet seinen Bericht „Die Rivalität zwischen England und Sowjetrussland ist zu Ende“. Jetzt seien infolge der Besprechungen Edens mit Stalin und Litwinow beide Seiten nicht nur überzeugt, daß ein Konflikt nicht notwendig sei, sondern sie seien trotzdem erlaubt, zu finden, wie nahe sie einander in ihren Ansichten von den Weltproblemen ständen.

Litwinows Ausspruch von der „Unabsehbarkeit des Friedens“ sei von jeher ab der Hauptgrundjahr der europäischen Politik. Die Engländer und die Sowjetrussen seien sich einig darüber, daß jede Art Einkreisung unerwünscht sei, daß Deutschlands Teilnahme wichtig sei und daß Deutschland durchaus fair bei voller Anerkennung seiner Gleibereichung behandelt werden müsse. Zugleich könne aber Deutschland nicht durch die Verweigerung seiner Teilnahme die Errichtung eines Sicherheitssystems verhindern.

Optimismus in Paris

Die Pariser Presse schwelt anlässlich der Beendigung der englisch-russischen Besprechungen weiterhin in Optimismus. Man zeigt sich allgemein hocherfreut darüber, daß die bisherigen englisch-sowjetrussischen Gegenseitigkeiten, wenn auch noch nicht ganz verschwunden, so doch in den heikelsten Punkten überbrückt worden seien. Daraus zieht man die Schlussfolgerung, daß England nunmehr keinerlei Veranlassung mehr habe, den Abschluß eines Ostflancarnos zu untertreiben oder durch eine ausgeschlagene Angriffshaltung zu erschweren. „O u r e“ erinnert aber daran, daß Eden nur informationshalber nach Moskau gegangen sei. Wenn man auch nicht bezweifeln möchte, daß zwischen England und Sowjetrussland eine merkliche Entspannung eingetreten sei, so müsse man andererseits aber auch daran erinnern, daß nur die englische Regierung berufen sei, Schlussfolgerungen anzunehmen oder abzulehnen. Das „O u r n a l“, das sich für eine zu enge französisch-sowjetrussische Zusammenarbeit begeistern konnte, unterzieht die amtliche Verlausburg über die Moskauer Besprechungen einer sehr kritischer Betrachtung und findet darin nicht viel Anhaltspunkte für einen berechtigten Optimismus. Selbst wenn man voraussetzt, daß die Frage des Fernen Ostens eingehend geprüft worden sei, so müsse man doch zugeben, daß die sogenannte Verständigung noch nicht sehr weit gehe.

Gerichtssaal

Der Volksgerichtshof tagt in Dresden

Zum zweitenmal tagt der Volksgerichtshof in Dresden, um rote Staatsfeinde der gerechten Strafe zugufüren, die durch ihre gegen Volk und Staat gerichteten Bürgerkriegsvorbereitungen eine schwere Gefahr für Leben und Gesundheit deutscher Volksgenossen herausbeschworen haben. Es handelt sich auch diesmal wieder um die „Rote Wehr“, der illegalen Nachfolgeorganisation des bereits am 7. Mai 1929 verbotenen Rotfrontkämpferbundes. Überall hatte die „Rote Wehr“ ihre Hand im Spiele; sie war das Rückgrat für alle kriminellen Umtriebe innerhalb der KPD und ihrer Unterorganisationen. Es entspricht ganz der kommunistischen Selbstverständlichkeit, daß die Hauptmacher ihre verübten Opfer selig im Stich ließen und sich durch Flucht vor ihrer großen Verantwortung und den wohlverdienten schweren Strafen retteten. Dies gilt vor allem für den Leiter der „Roten Wehr“ in Dresden, Hans Schubert, und seine beiden rührigen Funktionäre Leipzig und Otto.

Die Anklage richtet sich gegen 27 Kommunisten aus Dresden und Umgebung. Eine führende Rolle spielt vor allem der 42 Jahre alte, mehrfach vorbestrafte Kurt Vogel und der geringfügig vorbestrafte 23 Jahre alte Herbert Neubert. Von der Dresdner „Roten Wehr“ waren vier große Waffen- und Sprengstoffslager angelegt worden, die im Sommer 1933 sämtlich der Polizei in die Hände fielen; zwei von ihnen wurden in einer Fichtenschönung an der Staatsstraße Dresden-Moritzburg ausgegraben und die beiden anderen in sicherer Verstecken bei zwei Angeklagten gefunden. — Die Verhandlung wird vorläufig eine Woche dauern.

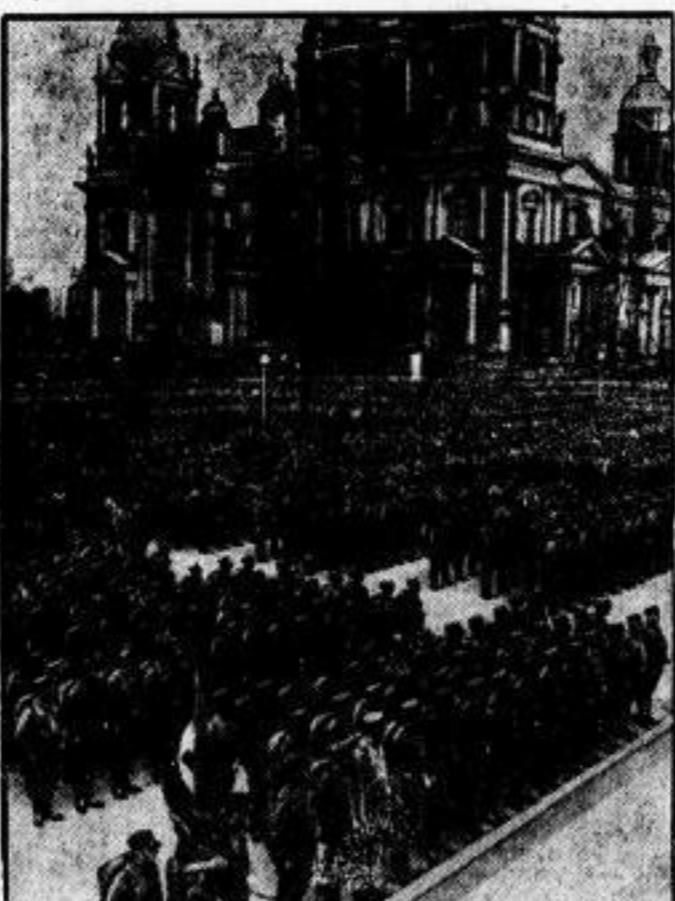
Gemeingefährlicher Verbrecher hingerichtet.

In Stuttgart wurde der durch Urteil des Schwurgerichts in Stuttgart vom 20. September 1934 wegen Mordes rechtskräftig zum Tode verurteilte Jakob Füchtl hingerichtet. Füchtl hat in der Nacht zum 25. April 1933, als er von einer Diebesfahrt zurückkehrte, den Oberlandesgerichtsrat May erschossen. Der Führer und Reichskanzler hat von dem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht, weil Füchtl ein gemeingefährlicher Verbrecher ist, dem bei der Ausführung seiner Verbrechen die Gefährdung von Menschenleben gleichgültig ist und der daher eine dauernde Gefahr für seine Mitmenschen bedeutet.

Nur noch Reichspolizei

Die sächsische Landespolizei in die Reichsgewalt übergeführt. Am Montagnachmittag fand auf dem Adolf-Hitler-Platz in Dresden die feierliche Verabschiedung der Abteilungen der sächsischen Landespolizei aus der Zuständigkeit des Landes Sachsen und ihre Übergabe in die Reichsgewalt statt.

An der Feier nahmen außer den Truppenteilen des Standortes Dresden der Bundespolizei auch die Kommandeure der Standorte Leipzig, Chemnitz und Zwickau mit ihren Stäben teil. Reichstatthalter Mühlmann und Innenminister Dr. Kritschke hielten in Be-



(Deutsches Nachrichtenbüro.)

Aufmarsch der SA im Berliner Lustgarten. Im Berliner Lustgarten traten die Reserve-Standarten der SA an, zu denen vor Inkrafttreten der Neugliederung Übergruppenführer von Jagow und der Staatssrat Görlitzer sprachen.